

LEBEN MIT LÄHMUNG

**Opferhilfe für Menschen mit
Lähmungen infolge von Straftaten**



**CHRISTOPHER & DANA
REEVE FOUNDATION**

TODAY'S CARE. TOMORROW'S CURE.®

Dieser Leitfaden wurde auf der Grundlage wissenschaftlicher und fachbezogener Literatur erstellt. Er dient der Aufklärung und sollte nicht als medizinische Diagnose oder Behandlungsempfehlung verstanden werden. Bitte konsultieren Sie einen Arzt oder einen entsprechenden Gesundheitsdienstleister, wenn Sie Fragen zu Ihrer Situation haben.

Danksagungen:

Verfasst von: Liz Leyden

Christopher & Dana Reeve Foundation

636 Morris Turnpike, Suite 3A

Short Hills, NJ 07078

Telefon: 1-973-379-2690 Tel. (gebührenfrei): 1-800-539-7309

ChristopherReeve.org

LEBEN MIT LÄHMUNG

Opferhilfe für Menschen mit Lähmungen infolge von Straftaten

INHALTSVERZEICHNIS

- 4** Opfer von Straftaten und Rückenmarksverletzungen
- 6** Tipps für Menschen mit Behinderungen, die rechtliche Unterstützung suchen
- 9** Psychologische Betreuung und Unterstützungsdienste für Opfer von Straftaten
- 11** Ressourcen für Menschen, die infolge einer Straftat gelähmt sind
- 14** Eintreten für Veränderungen
- 16** Quellen und weiterführende Literatur

OPFER VON STRAFTATEN UND RÜCKENMARKSVERLETZUNGEN

Jedes Jahr erleiden in den Vereinigten Staaten etwa 17.900 Menschen Rückenmarksverletzungen. Die meisten Verletzungen sind auf Autounfälle und Stürze zurückzuführen, einige sind jedoch die Folge von kriminellen Handlungen.

Laut dem **National Spinal Cord Injury Statistical Center** (Nationales Statistikzentrum für Rückenmarksverletzungen) sind 14 % aller Rückenmarksverletzungen die Folge von Gewalttaten, darunter versuchter Mord und schwere Körperverletzung. Wenngleich Messerverletzungen das Rückenmark schädigen und Lähmungen verursachen können, sind Schussverletzungen die Hauptursache für schwere Rückenmarksschädigungen.

In einigen Fällen sind Frauen gelähmt, nachdem sie von ihrem aktuellen oder ehemaligen Partner in einem Akt häuslicher Gewalt angeschossen wurden. In seltenen Fällen können auch andere Straftaten wie Überfälle oder Raubüberfälle zu Rückenmarksverletzungen führen. Insgesamt sind jedoch schwarze Männer überproportional häufig von gewaltbedingten, insbesondere durch Schussverletzungen verursachten Rückenmarksverletzungen betroffen, während bei allen anderen ethnischen Gruppen Verkehrsunfälle die häufigste Ursache für Rückenmarksverletzungen sind.

Unabhängig von ihrer Ursache sind Verletzungen des Rückenmarks traumatische, lebensverändernde Ereignisse. Ist die Lähmung jedoch die Folge eines Verbrechens, ergeben sich eine Reihe zusätzlicher Herausforderungen. Das Verständnis, wie man rechtliche, finanzielle und emotionale Ressourcen für Opfer von Straftaten findet und in Anspruch nimmt, trägt zu einer erfolgreichen körperlichen und psychischen Genesung bei.

Rechte und Ressourcen für Opfer von Straftaten

Die rechtlichen Folgen einer Straftat wirken sich zwangsläufig auf das Opfer aus. In den 1980er Jahren begannen die Bundesstaaten damit, Opferschutzgesetze zu erlassen, um den Bedürfnissen von Kriminalitätsopfern gerecht zu werden und ihnen eine faire und menschliche Behandlung zu gewährleisten. Mittlerweile gibt es in jedem Bundesstaat Gesetze, die den Opfern das Recht einräumen, am

Strafverfahren teilzunehmen. Darüber hinaus wurden mit dem 2004 verabschiedeten Gesetz über die Rechte von Kriminalitätsoptionen, dem sog. **Crime Victims' Rights Act** (<https://www.justice.gov/usao/resources/crime-victims-rights-ombudsman/victims-rights-act>), ähnliche Rechte für Opfer von Bundesstraftaten festgelegt.

Alle diese Gesetze haben gemeinsam, dass Opfer von Straftaten über alle relevanten Aspekte des Strafverfahrens im Zusammenhang mit der Straftat informiert werden müssen, von der Festnahme bis zur Bewährungsanhörung. Das Opfer darf an öffentlichen Gerichtsverhandlungen teilnehmen und hat das Recht, bei allen öffentlichen Verfahren in Verbindung mit Plädoyervereinbarungen, Urteilsverkündungen und Bewährungsentscheidungen eine Erklärung abzugeben. Die Staatsanwaltschaft muss die Opfer von Straftaten über jede Vereinbarung zur Strafmilderung oder Aussetzung der Strafverfolgung informieren. Opfer von Straftaten haben während des gesamten Prozesses das Recht auf Privatsphäre und Schutz vor Belästigung oder Einschüchterung.

Die Benachrichtigungssysteme für Opfer von Straftaten variieren je nachdem, ob der Fall vor einem staatlichen oder einem Bundesgericht verhandelt wird. Bei Verbrechen, die unter Bundesrecht fallen, informiert das gebührenfreie **Victim Notification System (VNS)** (<https://www.notify.usdoj.gov/index.jsp>) die Opfer über geplante Gerichtsverhandlungen und deren Ausgang in Bezug auf den Haftstatus und die Freilassung eines Straftäters. Die Opfer werden elektronisch und schriftlich auf dem Laufenden gehalten und können mit einer PIN-Nummer auch auf automatisierte Statusinformationen zugreifen, indem sie das VNS-Callcenter unter 1-866-365-4968 anrufen oder dessen Website besuchen.

Über den gebührenfreien, automatisierten Benachrichtigungsdienst **Victim Information & Notification Everyday System (VINE)**, der in 48 Bundesstaaten genutzt wird, können Opfer von Straftaten aktuelle Informationen zu laufenden Strafverfahren und zum Haftstatus erhalten. Betroffene und Familienangehörige können sich für Benachrichtigungen per E-Mail, SMS oder Telefon anmelden und den Haftstatus auch online überprüfen. Eine nach Bundesstaaten geordnete Suche ist auf der Website unter <https://www.vinelink.com/#state-selection> oder telefonisch unter 1-866-277-7477 verfügbar.

Maine und South Dakota bieten eigene Benachrichtigungssysteme an. In Maine müssen Opfer von Straftaten bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag stellen, um im Vorfeld von Änderungen benachrichtigt zu werden, die die Entlassung eines Straftäters betreffen. Das vertrauliche Antragsformular ist über die bundesstaatliche **Justizvollzugsbehörde** unter <https://www.maine.gov/corrections/form/victim-notification> erhältlich. In South Dakota können sich Opfer von Straftaten für den Dienst **Statewide Automated Victim Information & Notification** registrieren. Dieser kostenlose, automatisierte Dienst, stellt aktuelle Informationen zum Haftstatus bereit. Um sich zu registrieren, besuchen Sie die Website des **South Dakota Office of the Attorney General** unter <https://savin.sd.gov/portal>.

Einige gemeinnützige Organisationen und bundesstaatliche Behörden können Opfern und Familien möglicherweise auch bei zivilrechtlichen Angelegenheiten helfen, die aus der Straftat resultieren. In Massachusetts finanziert die **Civil Legal Aid for Victims of Crime Initiative** (<https://massclavc.org/>) regionale Programme, die Rechtsdienstleistungen in den Bereichen Sozialleistungen, Familienrecht und Arbeitsrecht sowie in Bezug auf behinderungsspezifische Themen wie Wohnen und Gesundheitsversorgung anbieten. Das **Texas Crime Victim Legal Assistance Network** (<https://www.texasvictimnetwork.org/about>), das durch eine Förderung des Justizministeriums finanziert wird, vermittelt Opfern über ein Netzwerk von Anbietern im gesamten Bundesstaat kostenlose zivilrechtliche Hilfe. Betroffene und Familien, die Informationen über örtliche Rechtsberatungsangebote benötigen, können sich an das Office of Crime Victim Services oder die **American Bar Association** wenden.

TIPPS FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN, DIE RECHTLICHE UNTERSTÜTZUNG SUCHE

Das **National Disability Rights Network (NDRN)** ist die gemeinnützige Mitgliederorganisation für die vom Bund vorgeschriebenen Systeme zum Schutz und zur Interessenvertretung (Protection and Advocacy; P&A) und Programme zur Unterstützung von Klienten (Client Assistance Programs; CAP). Jeder Bundesstaat und jedes US-Territorium verfügt über eine P&A/CAP-Organisation, sowie über eine Organisation, die sich um die indigene Bevölkerung in der Four Corners Region kümmert.



Das P&A/CAP-Netzwerk ist der größte Anbieter von rechtsbasierten Beratungsdiensten für Menschen mit Behinderungen in den Vereinigten Staaten. Eine Suchfunktion nach Bundesstaaten finden Sie hier: <https://www.ndrn.org/about/ndrn-member-agencies>.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR OPFER VON STRAFTATEN

Für Menschen, die infolge einer Straftat gelähmt sind, können die mit der Verletzung verbundenen Kosten katastrophal sein. Alle Opfer von Straftaten haben Anspruch auf eine Entschädigung, um die möglicherweise plötzliche und schwere finanzielle Belastung zu mildern.

Der 1984 verabschiedete **Victims of Crimes Act** sieht eine Entschädigung für Opfer von Straftaten vor, die auf Bundes- oder einzelstaatlicher Ebene begangen wurden. Die Mittel werden von dem **Department of Justice Office for Victims of Crime (OVC)** (<https://ovc.ojp.gov/>) an die einzelnen Bundesstaaten verteilt. Der Fonds für Opfer von Straftaten wird durch Kautionsverfall, Geldstrafen und Sonderabgaben finanziert, die von auf Bundesebene verurteilten Straftätern gezahlt werden – nicht aus Steuergeldern.

Die zurückgestellten Mittel werden auch zur Unterstützung von Opferhilfeprogrammen in Gemeinden der amerikanischen Ureinwohner und der Ureinwohner Alaskas verwendet.

Die Entschädigung bietet Leistungen für berechnigte Personen und hinterbliebene Familienangehörige, die Opfer von Straftaten wie häuslicher Gewalt, Körperverletzung, sexuellem Missbrauch, Raub, Mord, Stalking, Kindesmisshandlung und Trunkenheit am Steuer geworden sind. Betroffene müssen ihre Entschädigungsansprüche in dem Bundesstaat geltend machen, in dem die Straftat begangen wurde (auch wenn dieser nicht mit ihrem Wohnsitzstaat übereinstimmt).

Die durch Entschädigungsleistungen gedeckten Kosten im Zusammenhang mit Straftaten variieren je nach Bundesstaat, umfassen jedoch in der Regel medizinische Kosten, Beratungskosten, Bestattungs- und Beerdigungskosten sowie entgangene Löhne oder den Verlust von Unterhaltszahlungen. Darüber hinaus können weitere Kosten übernommen werden, darunter der Ersatz wichtiger persönlicher Gegenstände (Brillen, Bargeld, Kleidung), die Reinigung des Tatorts, Kosten für Kinderbetreuung oder Nachmittagsbetreuung, Transportkosten für notwendige Gerichtstermine, Umzugskosten und Kosten für vorübergehende Unterbringung.

Bestimmte staatliche Entschädigungsprogramme – etwa in New York, Oklahoma und Illinois – bieten eine Vielzahl an Rehabilitationsleistungen an. Physiotherapie und Ergotherapie können ebenso verfügbar sein wie häusliche Pflege oder Krankenpflege, Zugang zu adaptiven Hilfsmitteln (von Rollstühlen bis hin zu assistiver Technologie) und die Erstattung von Kosten für Fahrzeug- und Wohnungsumbauten.

Entschädigungsleistungen werden gewährt, nachdem andere Ressourcen, einschließlich Kranken- und Versicherungspolizen sowie Arbeitnehmerentschädigungen, ausgeschöpft sind. Der Höchstbetrag, der jedem Opfer einer Straftat zur Verfügung steht, variiert je nach Bundesstaat, aber es wird eine zusätzliche Entschädigung über den Höchstbetrag hinaus gewährt, wenn die Straftat zu einem dauerhaften Funktionsverlust wie beispielsweise einer Lähmung geführt hat.

Nicht alle Opfer von Straftaten erhalten eine Entschädigung. Die Vorschriften variieren je nach Bundesstaat, aber alle Entschädigungsanträge sind davon abhängig, dass die Straftat innerhalb einer bestimmten Frist (zwischen 72 Stunden und einem Jahr nach dem Vorfall) gemeldet und die Entschädigung innerhalb

der spezifischen Programmfristen (zwischen 6 Monaten und drei Jahren) beantragt wird. Bei der Beantragung einer Entschädigung ist es wichtig, die einzelnen staatlichen Antragsfristen zu beachten, denn im Falle versäumter Fristen und verspäteter Anträge kann die Entschädigung abgelehnt werden.

Darüber hinaus müssen Opfer bei strafrechtlichen Ermittlungen kooperieren und dürfen zum Zeitpunkt der Straftat nicht selbst in illegale Aktivitäten verwickelt gewesen sein. Zudem kann die Entschädigung gekürzt oder abgelehnt werden, wenn davon ausgegangen wird, dass das Verhalten des Opfers zur Verübung der Straftat oder zu den erlittenen Verletzungen beigetragen hat.

Personen, die befürchten, dass sie möglicherweise nicht alle Kriterien erfüllen, sollten dennoch einen Antrag auf Entschädigung stellen. Das Office of Crime Victim Services eines Bundesstaates kann je nach den besonderen Umständen eines Antrags Ausnahmen machen oder flexibler vorgehen. Wenn beispielsweise eine Familie nicht über Entschädigungsleistungen für Opfer von Straftaten informiert wurde, kann dies ein Grund dafür sein, eine Ausnahme zu gewähren. Abgelehnte Anträge können angefochten werden.

Informationen zu den einzelnen staatlichen Entschädigungsstellen und Antragsverfahren finden sich im durchsuchbaren Verzeichnis der **National Association of Crime Victim Compensation Boards** unter <https://nacvcb.org/state-information/> oder auf der OVC-Karte **Help-in-Your-State** unter <https://ovc.ojp.gov/help-for-victims/help-in-your-state>.

WO KANN ICH HILFE BEKOMMEN?

National Domestic Violence Hotline

<https://www.thehotline.org/resources/abuse-in-disability-communities/>

oder telefonisch unter 1-800-799-7233

DOJ Office for Victims

Help for Crime Victims Hotline List

<https://ovc.ojp.gov/help-for-victims/toll-free-text-and-online-hotlines>

PSYCHOLOGISCHE BETREUUNG UND UNTERSTÜTZUNGSDIENSTE FÜR OPFER VON STRAFTATEN

Neben Entschädigungsleistungen gibt es auch Programme für Nicht-Notfälle, die Opfern von Straftaten zusätzliche Unterstützung bieten – etwa durch Beratung, lokale Selbsthilfegruppen, Rechts- und Übersetzungsdienste sowie Notunterkünfte. Die Berater können den Betroffenen auch dabei helfen, Entschädigungsanträge bei staatlichen Stellen einzureichen, und sie zu notwendigen Gerichtsterminen begleiten. Opferhilfsdienste werden von öffentlichen Stellen und privaten Organisationen angeboten, die häufig durch OVC-Zuschüsse finanziert werden.

Es gibt viele Möglichkeiten, Opferhilfeprogramme zu finden. Das OVC stellt kostenlose, deliktsspezifische **Informationsbroschüren** zur Verfügung (<https://ovc.ojp.gov/sites/g/files/xyckuh226/files/pubs/helpseries/index.html>), die einen Überblick über die nationalen Ressourcen geben. Opfer von Straftaten können auch in ihren Gemeinden Unterstützung finden, indem sie die **OVC Directory of Crime Victim Services** durchsuchen, die auf der Website (<https://ovc.ojp.gov/directory-crime-victim-services/search#search>) verfügbar ist. Das **National Center for Victims of Crime (NCVC)** (<https://victimsofcrime.org/>), eine gemeinnützige Organisation, die sich für die Rechte von Opfern einsetzt, betreibt das **VictimConnect Resource Center** (<https://victimconnect.org/>) und die **DC Victim Hotline** (ein Dienst für den District of Columbia). Beide Programme bieten Opfern von Straftaten über Telefon-, Chat- und Textdienste Zugriff auf lokale Informationen und Ressourcen. Der NCVC, der National Congress of American Indians, das Tribal Law and Policy Institute und die StrongHearts Native Helpline haben sich zusammengeschlossen, um das **Tribal Resource Tool** zu entwickeln, ein durchsuchbares Verzeichnis von Dienstleistungen, die allen Opfern von Straftaten und Missbrauch in den Gemeinden der amerikanischen Ureinwohner und der Ureinwohner Alaskas zur Verfügung stehen.

Das staatliche Office of Victim Services und die Büros der Bezirksstaatsanwälte können ebenfalls Informationen und Ressourcen bereitstellen und Opfer mit lokalen gemeinnützigen und religiösen Organisationen sowie Interessenvertretungen in Kontakt bringen.

Anders als beim Antragsverfahren für Entschädigungsleistungen ist es in der Regel nicht erforderlich, eine Anzeige bei der Polizei zu erstatten, um Zugang zu Unterstützungsleistungen von Opferhilfeorganisationen zu erhalten oder diese in Anspruch zu nehmen.

RESSOURCEN FÜR MENSCHEN, DIE INFOLGE EINER STRATAT GELÄHMT SIND

Um nach traumatischen Ereignissen, die zu Rückenmarksverletzungen geführt haben, zu genesen, reicht es nicht aus, nur die finanziellen und emotionalen Folgen der Straftat selbst zu bewältigen. Die Anpassung an ein neues Leben mit Lähmung braucht Zeit und erfordert eine Reihe von körperlichen und emotionalen Unterstützungsmaßnahmen.

Die Informationsspezialisten des **National Paralysis Resource Center (NPRC)** der Reeve Foundation (<https://www.christopherreeve.org/living-with-paralysis/about-the-paralysis-resource-center>) können kürzlich verletzten Personen und ihren Familien helfen, Antworten auf dringende Fragen zu finden, die sich unmittelbar nach der Verletzung stellen. Darüber hinaus enthält die umfangreiche Online-Bibliothek des NPRC Hunderte von Informationsblättern und Aufklärungsbroschüren, darunter den „**Paralysis Resource Guide**“ (www.ChristopherReeve.org/Guide), einen umfassenden Leitfaden, der alle Lebensphasen von Menschen mit Lähmungen behandelt und ihre Pflegepersonen unterstützt. **Informationsspezialisten** stehen Ihnen werktags unter der Telefonnummer 1-800-539-7309 oder jederzeit online über www.ChristopherReeve.org/Ask zur Verfügung. Alle Dienstleistungen und Materialien des NPRC sind kostenlos.

Verletzte Personen sollten sich nach Möglichkeit in Rehabilitationseinrichtungen behandeln lassen, die auf Rückenmarksverletzungen spezialisiert sind (<https://msktc.org/sci/model-system-centers>). Einige Programme bieten möglicherweise Ressourcen zur Unterstützung von Personen, deren Verletzungen durch Gewalttaten verursacht wurden. In Washington, D.C., bietet die **Medstar National Rehabilitation Center Urban Re-Entry Group** wöchentliche Treffen für Opfer von Gewalttaten. Die Teilnehmer erhalten Hilfestellung bei der Arbeitssuche, der Wohnungssuche und der Beantragung finanzieller Unterstützung, während sie sich an das Leben mit einer Lähmung in einer städtischen Umgebung gewöhnen.

Veteranen, die eine Rückenmarksverletzung erlitten haben, sollten sich an das Versorgungssystem für Rückenmarksverletzungen und -erkrankungen („Spinal Cord Injury and Disorders System of Care“) des **Department of Veterans Affairs** unter https://www.sci.va.gov/VAs_SCID_System_of_Care.asp wenden. (Die Verletzungen müssen nicht während des Militärdienstes entstanden sein.) Das **Reeve Foundation's Military & Veterans Program** kann Veteranen dabei helfen, sich über medizinische Optionen, militärische Leistungen und kommunale Ressourcen zu informieren. Für weitere Informationen senden Sie eine E-Mail an military@ChristopherReeve.org oder rufen Sie die Nummer 1-866-962-8387 an.

JANET ANDERSEN

Bildnachweis: Cindy Harter Photography



Für Familien, deren Angehörige infolge krimineller Handlungen Rückenmarksverletzungen erlitten haben, können die Belastungen und die Verunsicherung, die sowohl aus der Tat selbst als auch aus den gesundheitlichen Folgen resultieren, überwältigend sein.

Als Erin Cobb am 24. September 2011 von ihrem Ex-Mann zweimal angeschossen wurde, zerschmetterten die Kugeln ihren Kiefer und durchschlugen ihre Halsschlagader. Eine

Lunge kollabierte teilweise und sie war von der Brust abwärts gelähmt.

In den darauffolgenden Wochen und Monaten musste Erin sich vollständig auf die Genesung ihrer Verletzungen konzentrieren. Es war Aufgabe ihrer

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Mutter, Janet Andersen, die gewaltigen medizinischen Herausforderungen ihrer Tochter zu bewältigen. Es ging um Kieferoperationen, Druckgeschwüre im Stadium IV, komplizierte Rehabilitationsmaßnahmen sowie die Suche nach einer barrierefreien Wohnung. Gleichzeitig musste sie ihre eigene Trauer und ihr Trauma nach dem Verbrechen verarbeiten.

„Ich war in so viele verschiedene Richtungen hin- und hergerissen“, sagt Andersen. „Es gab viele Dinge, von denen ich nichts wusste.“

Im Rahmen Ihrer Bemühungen, die Auswirkungen der Verletzung auf Erins Leben zu verstehen und sich darauf vorzubereiten, nahm Frau Andersen Kontakt zum National Paralysis Resource Center (NPRC) auf. Die Leiterin der Informations- und Beratungsstelle, Bernadette Mauro, half der Familie nicht nur dabei, sich im Rehabilitationsprozess zurechtzufinden, sondern erklärte ihr auch, dass Erin Opferhilfsdienste in Anspruch nehmen könne, darunter möglicherweise auch Opferentschädigungsleistungen.

„Darauf wäre ich selber gar nicht gekommen“, sagt Andersen. „Ich wusste gar nicht, dass es so etwas gibt.“

Die Meldepflichten und Aufklärungsmaßnahmen, mit denen Opfer von Straftaten auf diese Ressourcen aufmerksam gemacht werden, sind landesweit sehr unterschiedlich: Oft sind die örtlichen Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften dafür zuständig, Informationen über Entschädigungsleistungen und Unterstützungsangebote für Opfer bereitzustellen, aber diese Informationen erreichen nicht alle betroffenen Familien.

Frau Andersen gelang es, die Antragsfristen einzuhalten und finanzielle Unterstützung für Erin zu erhalten, aber sie machte sich auch Sorgen um die Familien, die nie erfahren hatten, dass diese Leistungen verfügbar sind.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

„Ich hatte das Glück, mit jemandem wie Bernadette in Kontakt zu kommen, aber viele Menschen haben keine solche Beratung“, sagt sie. „Meiner Meinung nach sollten Fallmanager für Patienten, die Opfer einer Straftat geworden sind, diese Themen vom ersten Tag an im Dialog mit den Pflegepersonen ansprechen. Sie sollten allen helfen, das zu bekommen, worauf sie einen gesetzlichen Anspruch haben.“

Nachdem Erin sich erholt und erfolgreich ein neues Leben aufgebaut hatte, beschloss Andersen, ihre Erfahrungen zu nutzen, um anderen zu helfen. Heute engagiert sich Frau Andersen ehrenamtlich für das Peer & Family Support Program der Reeve Foundation und für das Trauma Survivors Network, eine gemeinnützige Organisation, die Patienten und Familien nach traumatischen Verletzungen unterstützt. In dieser Rolle hilft Sie Familien dabei, für Rückenmarksverletzungen und Opfer von Straftaten verfügbare Ressourcen zu finden, die speziell auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet sind.

„Letztendlich möchte ich nur dafür sorgen, dass die Menschen so früh wie möglich umfangreich informiert werden“, sagt sie. „Dieses Anliegen ist zu meiner Mission geworden.“

FÜR VERÄNDERUNGEN EINTRETEN

Menschen, die infolge von Straftaten Rückenmarksverletzungen erleiden, müssen sich plötzlich an ein neues Leben gewöhnen und gleichzeitig mit den oft katastrophalen finanziellen und emotionalen Folgen der Straftat selbst fertig werden. Angesichts der vielen Herausforderungen ist umfassende Hilfe von außen für die Genesung unverzichtbar.

Viele Opfer von Straftaten wissen jedoch nicht, dass es Hilfsangebote gibt, die speziell für sie eingerichtet wurden.

Eine umfassende Aufklärung über die Entschädigungsmöglichkeiten für Opfer von Straftaten ist der erste Schritt, um Betroffene und

ihre Familien wirksam zu unterstützen. Landesweit bemühen sich Interessenvertreter und politische Entscheidungsträger darum, Opfer durch Aufklärungskampagnen darauf aufmerksam zu machen, dass sie Anspruch auf Entschädigungsleistungen haben. Dringend erforderlich ist auch eine Verbesserung der Informationsweitergabe durch die wichtigsten Kontaktpersonen, die kurz nach der Straftat mit den Opfern in Kontakt kommen, darunter Polizeibeamte, Ersthelfer und Sozialarbeiter in Krankenhäusern.

Das Antrags- und Genehmigungsverfahren für die Entschädigung von Kriminalitätsoptionen kann auch diejenigen abschrecken, die sie am dringendsten benötigen. Um Anspruch auf Entschädigungsleistungen zu haben, müssen die Betroffenen die Straftat bei der Polizei anzeigen und bei den Ermittlungen kooperieren. Allerdings begegnen Opfer von Straftaten aus marginalisierten Gruppen der Polizei oft mit Misstrauen, und viele von ihnen zögern, eine Straftat anzuzeigen. Damit verzichten sie auf Entschädigungsleistungen, auf die sie möglicherweise Anspruch hätten.

An einigen Orten arbeiten Regierungsbehörden und gemeinnützige Organisationen zusammen, um diese Lücken zu schließen und die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken; in Atlanta (<https://atlantava.org/>) und New York City (<https://www.safehorizon.org/>) kooperieren Opferrechtsorganisationen mit den örtlichen Polizeibezirken, um Betroffene direkt über Entschädigungsansprüche, Notdienste, weiterführende Hilfsangebote und Fallmanagement zu informieren. Darüber hinaus arbeiten einige politische Entscheidungsträger daran, die Meldeanforderungen zu ändern. Insbesondere geht es ihnen darum, die Frist zu verlängern, innerhalb derer Opfer Straftaten melden und Entschädigungen beantragen müssen, sowie darum, neben dem Polizeibericht auch andere Arten von Beweisen zuzulassen, die zum Nachweis einer Straftat herangezogen werden können.

Wer sich für Opfer engagieren möchte, kann sich an Opferrechtsorganisationen und lokale Gesetzgeber wenden, um Einblick in die bestehenden Maßnahmen der eigenen Gemeinde zu erhalten.

Erfahren Sie mehr über die in dieser Broschüre aufgeführten Gesetze, Behörden und Organisationen. Wenn Sie weitere Hilfe bei der Suche nach Ressourcen in Ihrer Gemeinde benötigen, stehen Ihnen die Informationsspezialisten der Reeve Foundation von Montag bis Freitag gebührenfrei unter 1-800-539-7309 oder unter ChristopherReeve.org/Ask zur Verfügung.

American Bar Association

https://www.americanbar.org/groups/legal_services/flh-home/flh-free-legal-help/

American Indian and Alaska Native Victim Services Resources

<https://ovc.ojp.gov/program/tribal/overview>

Initiativen der Civil Legal Aid for Victims of Crime

<https://massclavc.org/find-legal-help>

DC Victim Hotline

<https://dcvictim.org> Telefon: 1-844-443-5732 / 1-202-877-1120

Urbanes Wiedereingliederungsprogramm des Med-Star National Rehabilitation Hospital

<https://www.medstarhealth.org/locations/medstar-national-rehabilitation-hospital/additional-services>

Staatliches Verzeichnis der National Association of Crime Victim Compensation Boards

<https://nacvcb.org/state-information> Telefon: 1-703-780-3200

National Center for Victims of Crime (NCVC)

<https://victimsofcrime.org> Telefon: 1-202-467-8700

National Center for Victims of Crime: Victim Connect Resource Center

<https://victimconnect.org> Telefon: 1-855-484-2846

National Spinal Cord Injury Statistical Center

<https://www.nscisc.uab.edu> Telefon: 1-205-934-3342

Office for Victims of Crime (OVC) – Department of Justice

<http://www.ovc.gov> Telefon: 1-202-307-5983

Ressourcenzentrum: 1-800-851-3420

OVC: Directory of Crime Victim Services (nach Bundesstaat)

<https://ovc.ojp.gov/directory-crime-victim-services/search>

OVC: Crime Victims Fund

<https://www.ovc.gov/about/victimsfund.html>

OVC: Hilfe-Reihe für Verbrechenopfer

<https://ovc.ojp.gov/sites/g/files/xyckuh226/files/pubs/helpseries/index.html>

Reeve Foundation Military & Veterans Program

<https://www.ChristopherReeve.org/MVP> Telefon: 1-866-962-8387

Reeve Foundation Peer & Family Support Program

<https://www.ChristopherReeve.org/Peer> Telefon: 1-800-539-7309

Texas Crime Victim Legal Assistance Network

<https://www.texasvictimnetwork.org/about>

Trauma Survivors Network

<http://traumasurvivorsnetwork.org/pages/home>

Telefon: 1-800-556-7890

Tribal Resource Tool

<https://tribalresourcetool.org>

**Das Spinal Cord Injuries and Disorders System of Care
des U.S. Department of Veterans Affairs**

<https://www.sci.va.gov> Telefon: 1-800-698-2411



Wir sind hier, um zu helfen.

Erfahren Sie noch heute mehr!

Christopher & Dana Reeve Foundation

636 Morris Turnpike, Suite 3A

Short Hills, NJ 07078

1-800-539-7309 (gebührenfrei)

1-973-379-2690 (Telefon)

ChristopherReeve.org

Diese Publikation wird von der Administration for Community Living (ACL), U.S. Department of Health and Human Services (HHS) im Rahmen einer finanziellen Förderung in Höhe von insgesamt 10.000.000 USD unterstützt und zu 100 Prozent von ACL/HHS finanziert. Der Inhalt stammt vom Autor und spiegelt nicht unbedingt die offiziellen Ansichten von ACL/HHS oder der US-Regierung wider und wird auch nicht von diesen empfohlen.